



Dr. Karl-Dieter Hoffmann ist Politikwissenschaftler und Geschäftsführer des Zentralinstituts für Lateinamerika-Studien an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

PANAMA HAT GEWÄHLT: AUF TORRIJOS FOLGT MARTINELLI

Karl-Dieter Hoffmann

Am 3. Mai 2009 fanden in Panama allgemeine Wahlen statt. Die Bürger waren zur Abstimmung über einen neuen Staatspräsidenten und die Zusammensetzung des Parlaments aufgerufen, außerdem wurden die 520 Repräsentanten der *corregimientos* – der untersten politischen Verwaltungseinheiten des Landes – sowie 20 Mitglieder des zentralamerikanischen Parlaments gewählt.

Wer den Wahlkampf seit der Kür der Präsidentschaftskandidaten beobachtet hatte, konnte vom Ergebnis des Urnengangs kaum überrascht sein: Mit dem millionenschweren Unternehmer Ricardo Martinelli gewann jener Kandidat, der seit Monaten in den Umfragen klar vorne gelegen hatte. Allerdings fiel der Vorsprung des Siegers größer aus als es die kühnsten Prognosen vorhergesehen hatten: Martinelli konnte knapp 60 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen, während die Kandidatin der Partei des amtierenden Präsidenten Torrijos, Balbina Herrera, mit 37,7 Prozent der Voten deutlich geschlagen wurde. Auf den dritten Bewerber, Ex-Präsident Guillermo Endara, entfielen lediglich 2,3 Prozent der gültigen Stimmen. Das Ergebnis des Wahlsiegers markiert einen historischen Rekord in der jüngeren Geschichte Panamas. Keinem der vier Amtsvorgänger Martinellis, die das Land seit der Wiederherstellung der Demokratie nach dem Sturz des autokratischen Regimes von General Noriega (1989) regiert haben, war es gelungen, mehr als die Hälfte der Wähler für sich zu gewinnen. Entgegen dem lateinamerikanischen Regelfall genügt in Panama die relative Mehrheit zum Sieg in den Präsidentschaftswahlen. So errang 1994 Er-

nesto Pérez Balladares das höchste Staatsamt mit nur 33 Prozent der Stimmen. Nachdem Mireya Moscoso 1999 mit 44,8 Prozent der Stimmen gesiegt hatte, erzielte Martin Torrijos fünf Jahre später mit einem Stimmenanteil von 47,7 Prozent einen neuen Spitzenwert, der jetzt von dem Ergebnis Ricardo Martinelli auf spektakuläre Weise übertroffen wurde.

Der anstehende Regierungswechsel bestätigt eine Konstante in der politischen Entwicklung seit den Wahlen von 1989: Da es der jeweiligen Regierungspartei in keinem einzigen Fall gelang, eine Erneuerung ihres Mandats zu erreichen, endeten alle fünf Urnengänge mit dem Sieg der Opposition. Diese „Kontinuität im Wandel“ ist im aktuellen Fall aber nur oberflächlicher Natur, weil diesmal keiner der Kandidaten einer der beiden Parteien zum Zuge kam, die das politische Geschehen in den letzten 20 Jahren dominiert haben. Die vorhergehenden vier Amtszeiten entfielen je zur Hälfte auf die siegreichen Präsidentschaftsbewerber des sozialdemokratischen Partido Revolucionario Democrático (PRD) und des rechtskonservativen Partido Panameñista (PP)¹. Letzterer ist allerdings an der Parteienallianz von Wahlsieger Martinelli beteiligt und stellt künftig den Vizepräsidenten.

Martinelli war bereits vor fünf Jahren als Spitzenkandidat der von ihm gegründeten Partei Cambio Democrático (CD) angetreten; damals erzielte er mit 5,3 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis unter vier Bewerbern. Im zweiten Anlauf konnte er nun seine Ambitionen auf imposante Weise verwirklichen, womit er eine weitere „Regel“ der panamaischen Wahlhistorie bestätigt: Auch Mireya Moscoso (1994) und Martin Torrijos (1999) mussten erst eine Niederlage hinnehmen, bevor sie ins höchste Staatsamt gewählt wurden. Anders als seine beiden Vorgänger verdankt der neue Präsident seinen politischen Aufstieg nicht in erster Linie dem Umstand, der Familie einer legendären Politikerpersönlichkeit des Landes zu entstammen: Martín Torrijos ist der Sohn von General Omar Torrijos, der 1968 nach einem Coup d'Etat der Nationalgarde die Macht an sich riss, und Mireya Moscoso ist die Witwe des rechtspopulistischen Caudillos Arnulfo Arias, der im vergangenen Jahrhundert viermal ins oberste Staatsamt gewählt wurde.²

1 | Der PP hatte sich 1990 in Partido Arnulfista umbenannt, kehrte aber nach der Wahl 2004 wieder zu der traditionellen Bezeichnung zurück.

Am 3. Mai des Jahres wurden in Panama der Präsident, das Parlament und die lokalen Verwaltungen, die *corregimientos*, neu gewählt. Klarer Sieger der Präsidentschaftswahl wurden Ricardo Martinelli und der von diesem selbst gegründete Cambio Democrático (CD), der noch bei den letzten Wahlen allenfalls fünf Prozent der Wähler hatte überzeugen können. Verlierer sind – trotz keineswegs schlechter Amtsbilanz – Ex-Präsident Torrijos und der Partido Revolucionario Democrático (PRD), der nach einem überhitzten und aggressiven Wahlkampf nicht zuletzt den Verlust des Bürgermeisterpostens in der Hauptstadt verkräften muss. Während die PRD-Kandidatin Herrera durch den Vorwurf des Erhalts unverdienter Staatsgelder und einer vermeintlichen Mitgliedschaft in den Schlägertrupps des Noriega-Regimes geschwächt war, galt Martinelli als unbelasteter Politiker, der für Volksnähe, Professionalität und unternehmerische Kompetenz stand. Nun ist der neue starke Mann des zentralamerikanischen Landes in der Pflicht, die gegebenen Versprechen einzulösen. Angesichts der zahlreichen und so rasch kaum lösbaren Probleme wird er dabei einen Populäritätsverlust wohl einkalkulieren müssen.

Die panamaischen Präsidenten seit der Rückkehr zur Demokratie

1990–1994	Guillermo Endara	<i>(Partido Panameñista/ Partido Arnulfista)</i>
1994–1999	Ernesto Pérez Balladares	<i>(Partido Revolucionario Democrático)</i>
1999–2004	Mireya Moscoso	<i>(Partido Arnulfista)</i>
2004–2009	Martín Torrijos	<i>(Partido Revolucionario Democrático)</i>
2009–2014	Ricardo Martinelli	<i>(Cambio Democrático)</i>

Der Verweis auf die Regelmäßigkeit des Siegs der Oppositionsparteien und die darin zum Ausdruck kommende Neigung der Wähler, die jeweils regierende Partei „abzustrafen“, reicht freilich nicht aus, um das aktuelle Wahlresultat angemessen zu interpretieren. Nicht zuletzt die Höhe des Wahlsiegs von Ricardo Martinelli erscheint erklärungsbedürftig. Aber auch die Gründe für die eindeutige Niederlage des PRD und seiner Spitzenkandidatin Herrera – deren Ausmaß durch den enormen Stimmenvorsprung des Siegers noch akzentuiert wurde – erschließen sich nicht auf den ersten Blick: Während bei den Wahlen von 2004 der Bannerträger des *panameñismo* aufgrund der partiell durch eine stagnierende Ökonomie bedingten katastrophalen Regierungsbilanz von Mireya Moscoso chancenlos blieb, deckte sich die Amtszeit von PRD-Präsident Torrijos mit einem außergewöhnlichen Wirtschaftsboom, der einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine Verringerung der Armut bewirkte. Kein anderer Präsident vor

Auch wenn sich mittlerweile deutliche Anzeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar machen, übergibt Torrijos seinem Nachfolger im Hinblick auf die Staatsfinanzen ein vergleichsweise gut geordnetes Haus.

ihm verzeichnete zum Ende seiner Amtszeit ähnlich hohe Popularitätswerte. Auch wenn sich mittlerweile deutliche Anzeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise bemerkbar machen, übergibt Torrijos seinem Nachfolger im Hinblick auf die Staatsfinanzen ein vergleichsweise gut geordnetes Haus, so dass Ricardo Martinelli am 1. Juli sein Amt unter we-

sentlich besseren Rahmenbedingungen antreten kann als die meisten seiner Vorgänger. Der gute makroökonomische und

2 | Alle Amtszeiten wurden vorzeitig inmitten politischer Krisen oder durch Interventionen der Nationalgarde beendet. 1968 wurde Arias nur zehn Tage nach Amtsantritt durch die Führung der Nationalgarde gestürzt. Aus dem anschließenden Machtkampf innerhalb der obersten Militärhierarchie ging alsbald Oberst (später General) Omar Torrijos als starker Mann des neuen Regimes hervor.

fiskalische Leistungsausweis der Regierung Torrijos reichte aber offensichtlich nicht aus, um die herbe Wahlschlappe des PRD zu verhindern.

Dabei beschränkte sich die Niederlage der Regierungspartei keineswegs auf das Präsidentenamt. Auch bei der Wahl zum Parlament (Asamblea Nacional) musste Torrijos' Partei starke Einbußen hinnehmen. Fünf Jahre nachdem es dem PRD als erster Partei gelungen war, allein – d.h. ohne die Unterstützung durch Koalitionspartner – über die Hälfte der Abgeordnetensitze zu gewinnen, schrumpft seine Fraktionsstärke im Vergleich zur vorhergehenden Legislaturperiode um nahezu die Hälfte. Besonders schmerzhaft war zudem der Verlust des Bürgermeisteramts in der Hauptstadt, bei dem es sich aufgrund der demographischen Vormachtstellung von Panama-Stadt de facto um die zweitwichtigste politische Position im Lande handelt.

PARTEIEN, KANDIDATEN UND ALLIANZEN

Die panamaische Parteienlandschaft ist im Verlauf der beiden postautokratischen Dekaden beträchtlich ausgedünnt worden. Während sich bei den Wahlen von 1994 noch 15 Parteien um die Gunst der Wähler bewarben, waren es beim Urnengang von 2004 nur deren sieben. Laut Wahlgesetz verlieren Parteien, die in keiner der diversen demokratischen Wahlen (Präsident, Parlament, Munizipalebene) nicht mindestens vier Prozent der gültigen Stimmen erringen, ihre Existenzberechtigung. Zu den Wahlen am 3. Mai 2009 traten acht Formationen an, von denen drei erst in der vergangenen Legislaturperiode gegründet wurden.³

3 | Das Wahlregister des Tribunal Electoral verzeichnet seit 1990 32 Neugründungen von Parteien, die spätestens nach zwei Legislaturperioden wieder aufgelöst wurden. Die „älteste“ nach 1990 gegründete Partei, die zum Zeitpunkt der Wahl am 3. Mai 2009 noch bestand, war Cambio Democrático (Gründungsjahr 1998).

4 | Während der Ursprung des Partido Panameñista auf die Partei des Rechtspopulisten Arnulfo Arias zurückgeht, handelt es sich beim PRD um eine Schöpfung des Militärcaudillos Omar Torrijos, der dieser Formation für die Zeit nach dem Ende der Militärherrschaft eine ähnliche Rolle wie der langjährigen mexikanischen Staatspartei PRI zudedacht hatte. Zu Zeiten der Autokratie Noriegas (1983–89) diente der PRD als (fadenscheiniger) „demokratischer“ Schleier vor den realen Machtverhältnissen, während die Panameñistas die Opposition gegen Noriega anführten.

In dem hochgradig volatilen Parteiensystem haben sich lediglich der PRD und der PP als einigermaßen stabile Größen behaupten können.⁴ Beide beherrschen das politische Terrain aber nicht so stark, dass sie sich beim Rennen um die Präsidentschaft nur auf ihre eigene Kraft verlassen würden. Diese Option birgt angesichts der Nichtexistenz einer zweiten Wahl-

Es ist üblich, dass PRD und PP im Vorfeld von Wahlen Bündnisse mit einer oder mehreren der kleinen Parteien eingehen.

runde in Form einer Stichwahl allzu große Risiken. Daher ist es üblich, dass PRD und PP im Vorfeld von Wahlen Bündnisse mit einer oder mehreren der kleinen Parteien eingehen. Nur in einem einzigen Fall – der Präsidentenwahl von 2004 – erwies sich der Beitrag eines Koalition-

spartners zum Wahlsieg als letztlich unerheblich. Allerdings war der Anteil der jeweiligen Bündnisparteien am Wahlergebnis der PRD-Kandidaten bei *allen* Urnengängen deutlich geringer als beim Konkurrenten PP. Überdies schnitt der PRD auch bei den Parlamentswahlen stets besser ab als die Panameñistas. Aufgrund der Größe der PRD-Fraktion reduzierte sich die parlamentarische Regierungsmehrheit während der Amtszeit von Mireya Moscoso zeitweise auf eine einzige Stimme. Der PP ist daher bei Wahlen ungleich stärker als der PRD auf die Unterstützung durch andere Parteien angewiesen.

Zur relativen Schwäche des PP gegenüber dem PRD trugen aber auch interne Streitigkeiten und Richtungskämpfe bei, die im Wesentlichen auf inkompatible Ambitionen diverser Personen aus dem Führungszirkel zurückgingen. So trat 1999 der prominente PP-Dissident Vallarino, der sich dem Führungsanspruch Mireya Moscosos nicht beugen wollte, an der Spitze einer eigenen Parteienallianz zu den Präsidentschaftswahlen an. Ex-Präsident Guillermo Endara, der sich ebenfalls mit der Witwe von Arnulfo Arias überworfen hatte, ging 2004 als Präsidentschaftsanwärter des bis dahin unbedeutenden Partido Solidaridad ins Rennen und erzielte mehr Stimmen als die Dreierkoalition des PP.

Die politische Bedeutung der beiden „großen“ Parteien PRD und PP kommt nicht nur in den wiederholten Wahlerfolgen, sondern auch im beträchtlichen Umfang ihrer

So zählte der PRD Ende 2008 nicht weniger als 663 249 registrierte Mitglieder, was rund einem Drittel der Wahlberechtigten entsprach.

Mitgliedschaft zum Ausdruck. So zählte der PRD Ende 2008 nicht weniger als 663 249 registrierte Mitglieder, was rund einem Drittel der Wahlberechtigten entsprach. Mit deutlichem

Abstand folgte die Panameñista-Partei, der zur selben Zeit 261 737 Personen angehörten. Insgesamt sind nahezu

60 Prozent aller Stimmberechtigten als Parteimitglieder registriert. Dieses bemerkenswerte Faktum verweist unzweideutig auf den klientelistischen Charakter der politischen Parteien. So kommt es nicht von ungefähr, wenn die Mitgliederstärke des PRD seit der Amtsübernahme von Torrijos bis Ende 2007 um 36 Prozent zunahm, während der Zuwachs des oppositionellen PP in der gleichen Zeit nur fünf Prozent betrug. Im Jahre 2008 stieg dann die Mitgliederzahl des PP im Hinblick auf einen möglichen Regierungswechsel 2009 deutlich schneller (um 26 Prozent) als jene des PRD (13 Prozent).

Cambio Democrático, die 1998 gegründete Formation des neuen Präsidenten, zählte Anfang 2008 113 233 und Ende März 2009 126 928 Parteimitglieder. Die Tatsache, dass der Partido Solidaridad nach seinem kometenhaften Aufstieg in den Wahlen 2004 wenig später zerfiel⁵ und bei den jüngsten Wahlen nicht mehr antrat, mag ebenfalls als (indirekter) Beleg für die dominant klientelistische Komponente in der *raxison d'être* politischer Parteien gelten: als Oppositionspartei gibt es wenige Wohltaten für Mitglieder und Anhänger zu verteilen. Hingegen vermag sich der rechtsliberale MOLIRENA (Movimiento Liberal Republicano Nacionalista) wegen seiner Nützlichkeit als Bündnispartner des PP – und neuerdings von Martinellis CD – seit mehreren Legislaturperioden als Kleinpartei zu halten; Ende März 2009 verfügte die Formation über 56 958 eingeschriebene Mitglieder.⁶ Nahezu in die Bedeutungslosigkeit versunken ist der Partido Popular (bis 2001: Partido Demócrata Cristiano), der in den achtziger und neunziger Jahren zu den wichtigsten Parteien des Landes gehörte (Mitgliederzahl Ende 2008: 35 527).

Die auf Mai 2009 terminierte Wahl einer neuen Regierung warf bereits Anfang 2008 ihre ersten Schatten voraus. Das lag vor allem daran, dass mittels einer Reform des Wahlgesetzes alle Parteien verpflichtet worden waren, ihre Kandidaten für die zu vergebenen politischen Ämter in parteiinternen Vorwahlen zu ermitteln. Ein solches Procedere hatte der PRD bereits in den neunziger Jahren eingeführt – nicht zuletzt um sein durch die Unterstützung des Noriega-Regimes lä-

5 | Ein Teil der ursprünglich neun Abgeordneten bildete zusammen mit den drei Repräsentanten des Partido Liberación Nacional die neue Partei(fraktion) Partido Unión Patriótica, zwei Deputierte wechselten in die Fraktion des PRD, ein anderer in jene des PP und zwei Parlamentarier agierten als „Unabhängige“.

6 | Alle Zahlenangaben lt. offiziellen Daten des Tribunal Electoral.

diertes Image mittels „demokratischer“ Attribute aufzupolieren. In der Legislaturperiode 2004–09 nutzte der PRD seine Parlamentsmehrheit und machte die Regelung obligatorisch.

In den Massenmedien hatten schon seit Mitte 2007 die Spekulationen über mögliche Präsidentschaftskandidaten der

Während beim PRD vor allem Wohnungsbauministerin Balbina Herrera und dem populären Bürgermeister der Hauptstadt, Juan Carlos Navarro, nicht nur diesbezügliche Ambitionen nachgesagt, sondern auch gute Chancen eingeräumt wurden, drängten sich bei den Panameñistas Parteipräsident Juan Carlos Varela sowie Ex-Bankier und Moscoso-Gegner Alberto Vallarino als aussichtsreiche Prä-Kandidaten auf.

Traditionsparteien PRD und PP begonnen. Während beim PRD vor allem Wohnungsbauministerin Balbina Herrera und dem populären Bürgermeister der Hauptstadt, Juan Carlos Navarro, nicht nur diesbezügliche Ambitionen nachgesagt, sondern auch gute Chancen eingeräumt wurden, drängten sich bei den Panameñistas Parteipräsident Juan Carlos Varela sowie Ex-Bankier und Moscoso-Gegner Alberto Vallarino als aussichtsreiche Prä-Kandidaten auf. Noch bevor Vallarino Anfang Januar 2008 seine Bewerbung für die innerparteiliche Ausmarchung publik machte, hatte Ricardo Marti-

nelli als erster prominenter Politiker seinen Anspruch auf das Präsidentenamt öffentlich bekundet. Balbina Herrera, die ihre Kandidatur für die im März 2008 anstehende Wahl des Parteivorsitzenden angemeldet hatte, äußerte damals lediglich Interesse am Bürgermeisteramt der Hauptstadt. Wie in den Medien richtig vermutet wurde, gab sie fünf Tage nach ihrem deutlichen Triumph in den Vorstandswahlen, in denen sie mit 69 Prozent der Stimmen den Parteivorsitz errang, ihre Bewerbung um die Spitzenkandidatur des PRD bekannt. Drei Tage zuvor hatte bereits Juan Carlos Navarro seine diesbezüglichen Ambitionen verkündet. Laut einer im Januar durchgeführten Umfrage führte Herrera die Liste der populärsten Politiker damals mit einem Prozentanteil von 28 Prozent an. Als sie am 15. März ihre Kandidatur ankündigte, sahen die Demoskopien bereits Ricardo Martinelli mit einigen Prozentpunkten in Führung. In den folgenden Monaten lagen die Umfragewerte der beiden Politiker mehr oder weniger nahe beieinander, zumeist allerdings mit Vorteil für Martinelli.

Als erste der beiden Traditionsparteien führte Anfang Juli 2008 der PP seine Primärwahlen durch. Insgesamt stellten sich 2173 *precandidatos* den etwa 270 000 Parteimitgliedern. Die Wahlbeteiligung lag bei 60 Prozent. Um die Spitzenkandidatur bewarben sich sieben Aspiranten, davon lediglich zwei mit realistischen Chancen. Varela siegte mit nahezu 20 Prozentpunkten vor seinem Rivalen Vallarino, der auf 35,3 Pro-

zent der Stimmen kam; vier der Bewerber erzielten jeweils weniger als 0,5 Prozent der Stimmen. Damit konnte sich auch der in der Öffentlichkeit beliebtere der beiden Politiker durchsetzen: In einer Ende Juni durchgeführten Umfrage zu den Wahlpräferenzen erreichte Varela mit 9,4 Prozent zwei Prozentpunkte mehr als Vallarino, während Martinelli mit 22,7 Prozent vor Herrera mit 20,7 Prozent in Führung lag.

Die Ausmarchung im PRD fiel wesentlich knapper aus als beim PP. An den am 7. September 2008 stattfindenden Abstimmungen beteiligten sich mehr als 55 Prozent der Parteimitglieder. Keinem der beiden einzigen aussichtsreichen Kandidaten aus dem 13-köpfigen Bewerberfeld gelang es, über die Hälfte der Stimmen auf sich zu vereinigen: Herrera siegte mit 48,1 Prozent vor Navarro mit 43,0 Prozent der Stimmen, der drittplatzierte Aspirant kam auf 7,5 Prozent. Dem Entscheid war ein veritabler parteiinterner Wahlkampf vorausgegangen, in dem sich die beiden favorisierten Kontrahenten gegenseitig kaum weniger heftig attackierten als den eigentlichen politischen Gegner. Im Gegensatz zum tendenziellen Patt in der parteiinternen Sympathieverteilung lag Herrera in der Gunst der Öffentlichkeit deutlich vor ihrem PRD-Rivalen: in allen bis zum September 2008 durchgeführten Umfragen verzeichnete sie zumeist doppelt so hohe Werte wie Navarro. Um der durch die öffentlich ausgetragene Rivalität der beiden Kontrahenten ausgelösten Unruhe innerhalb der Partei entgegenzuwirken, bot Herrera dem unterlegenen Navarro kurz darauf die Kandidatur für das Amt des Vizepräsidenten an, was dieser akzeptierte.

Dem Entscheid war ein veritabler parteiinterner Wahlkampf vorausgegangen, in dem sich die beiden favorisierten Kontrahenten gegenseitig kaum weniger heftig attackierten als den eigentlichen politischen Gegner.

Aus Sicht des PRD war die Zahl der potenziellen Bündnispartner äußerst beschränkt. Die schon seit 2004 bestehende Allianz mit dem kleinen christdemokratischen Partido Popular wurde erneuert; als weiteres politisches Leichtgewicht gesellte sich der erst nach der letzten Wahl (2005) gegründete Partido Liberal hinzu. Unter der Bezeichnung Un País Para Todos (Ein Land für Alle) zog die Dreierallianz in den Wahlkampf. Mehr Bündnisoptionen gab es auf Seiten der Opposition. Während der PP erwartungsgemäß eine neuerliche Vereinbarung mit dem MOLIRENA traf, gewann der Cambio Democrático die Unterstützung der Partei Unión Patriótica. Martinelli, der die Primärwahl in seiner Partei ohne Gegenkandidat „gewonnen“ hatte, ließ vor dem Hintergrund der guten Umfra-

gewerte verlauten, dass er nur mit solchen Parteien koalieren werde, die bereit seien, seine Spitzenkandidatur zu akzeptieren. Diese Botschaft richtete sich primär an den PP, der zwar Bündnisbereitschaft signalisierte, dieses Angebot aber mit der Forderung verband, die Entscheidung über den gemeinsamen Präsidentschaftsbewerber den Mitgliedern der beteiligten Parteien zu überlassen. Auf dieses durchsichtige Manöver ließ sich Martinelli nicht ein, der gegen Ende des Jahres 2008 seine demoskopischen Werte weiter steigen sah, während jene von Varela kontinuierlich nach unten gingen.⁷ Die gegenseitigen Kooperationsangebote gingen in der verbalen Schlammschlacht, die sich die beiden Parteien und deren Führungsfiguren in den letzten Monaten vor dem Jahreswechsel lieferten, beinahe unter. Als der MOLIRENA die Koalition mit dem PP aufkündigte und ins Lager des Favoriten Martinelli überlief, bedeutete dies den Anfang vom Ende der unrealistischen Präsidentschaftsambitionen

Das taktische Lavieren der Oppositionsparteien nahm Züge einer Farce an.

Varelas. Das taktische Lavieren der Oppositionsparteien nahm Züge einer Farce an, als sich der PP kurz vor dem Ablauf der Frist für die Formierung von Wahlallianzen (3.2.2009) Ende Januar 2009 Martinellis Bündnis Alianza Por El Cambio („Allianz für den Wandel“) anschloss. Bei der Bekanntgabe dieser Vereinbarung wurde Varela als neuer Vizepräsidentschaftskandidat der Wahlkoalition präsentiert⁸ – eine aussichtsreiche Chance, die der PP-Spitzenvertreter der Alternative eines völligen Scheiterns in der Mai-Wahl offensichtlich vorzog. Die ob der Härte des vorangegangenen Schlagabtauschs kaum zu erwartende Rochade auf Seiten der Opposition verminderte die Wahrscheinlichkeit eines Wahlsiegs des PRD beträchtlich. Wenige Tage nach Bildung des neuen Wahlbündnisses durchgeführte demoskopische Erhebungen sahen Martinelli bei den Wählerpräferenzen mit rund 50 Prozent vorn, während Herrera auf 28,5 Prozent kam. Ex-Präsident Guillermo Endara, der diesmal für die neue Partei Vanguardia Moral de la Patria ins Rennen ging und keinerlei Kooperationswillen erkennen ließ, landete abgeschlagen bei weniger als vier Prozent.⁹

7 | Ende November 2008 präferierten 15,1 Prozent der befragten Wähler Varela, während Herrera bei 30,8 Prozent und Martinelli bei 36,2 Prozent lag.

8 | Diese Position hatte bis dahin ein Politiker der Unión Patriótica aus der Provinz Colón inne.

9 | Gleichzeitig ermittelten die Demoskopien, dass drei Viertel der Anhänger Varelas die Kandidatur von Martinelli unterstützten.

Beobachter stimmten darin überein, dass sich der Wahlkampf 2008/09 im Vergleich zu den vorangegangenen Kampagnen durch einen wesentlich aggressiveren Umgangston auszeichnete. Rüde Verbalattacken gegen die rivalisierenden Bewerber dominierten die Wahlkampfreden und Auseinandersetzungen, so dass politischen Inhalten und mithin der Erläuterung der jeweiligen Regierungsprogramme nur wenig Raum gegeben wurde. Mitte März 2009 kündigte die nationale Wahlbehörde an, dass sie ab 1. April keine Kostenerstattung für Wahlwerbung leisten werde, die sich auf Angriffe gegen den politischen Gegner beschränke.¹⁰ Die Institution kritisierte, dass sich die Wahlkampagne in den letzten Wochen übermäßig „erhitzt“ habe. Die Bedenken des Tribunal Electoral wurden von der Wahlbeobachtermission der OAS geteilt. In ihrem ersten Vorwahlbericht bemängelten die OAS-Beobachter die im Wahlkampf zu Tage tretende Aggressivität, die sie als potenziell gefährlich für das demokratische System des Landes einstufte.¹¹ Außerdem übten sie deutliche Kritik an der mangelnden Transparenz und Kontrolle der Wahlkampffinanzierung.¹² Gleichzeitig bescheinigte die OAS der nationalen Wahlbehörde eine professionelle organisatorische Vorbereitung des Urnengangs. Am Tag nach der Wahl wiederholten die OAS-Beobachter ihr Lob und zollten der (reibunglosen) Durchführung des demokratischen Akts höchste Anerkennung.

In ihrem ersten Vorwahlbericht bemängelten die OAS-Beobachter die im Wahlkampf zu Tage tretende Aggressivität.

DAS WAHLERGEBNIS IM DETAIL

Anlässlich der jüngsten Wahlen traten einige Änderungen in Kraft. So durften erstmals parteiunabhängige Kandidaten zur Parlamentswahl antreten. Das Gesuch eines politischen Außenseiters, diese Regelung auch auf die Präsidentenwahl anzuwenden, wurde von der Wahlbehörde abgelehnt, dann aber überraschenderweise wenige Tage vor dem Wahltermin vom

10 | Laut Gesetz erstattet die Staatskasse die Ausgaben für die Wahlwerbung der Parteien in den Massenmedien bis zu einer gewissen Höhe.

11 | Die Wahlbehörde hatte sich zusammen mit der katholischen Kirche seit Ende 2008 vergeblich darum bemüht, die Parteien für einen „ethischen“ Pakt zur Führung eines fairen Wahlkampfs zu gewinnen.

12 | Siehe Organización de los Estados Americanos. Misión de Observación Electoral. República de Panamá. Elecciones Generales: Primer Informe Pre-Electoral. 3 de Mayo de 2009.

Obersten Gericht als verfassungskonform anerkannt. Dieser Neuerung kommt allerdings erst beim nächsten Urnengang (2014) praktische Relevanz zu. Ab 2009 verfügt der Staatsschef nicht mehr wie bisher über zwei, sondern nur noch über einen Stellvertreter (Vizepräsidenten). In Bezug auf das aktive Wahlrecht durften zum ersten Mal Gefängnisinsassen, Patienten in Krankenhäusern sowie die im Ausland lebenden Staatsbürger an der Abstimmung teilnehmen. Was die Legislative betrifft, wurde die Größe der Asamblea von 78 Deputierten auf die bereits bis 2004 geltende Zahl von 71 vermindert. Außerdem wurde die Übergangszeit bis zur Installation der neuen Regierung um zwei Monate – vom 1. September auf den 1. Juli – verkürzt.

Die Wahlbeteiligung lag am 3. Mai mit 73,96 Prozent rund drei Prozentpunkte unter dem Wert von 2004. Insgesamt wurden 3,06 Prozent leere und ungültige Stimmzettel abgegeben – ein im lateinamerikanischen Vergleich eher geringer Anteil. Der fulminante Sieg Martinellis spiegelt sich auch in den Ergebnissen der neun Provinzen des Landes. Der CD-Kandidat lag überall vorne, in sieben Provinzen mit großem Vorsprung. Weniger deutlich fiel seine Mehrheit in den unter besonders großen sozialen Problemen leidenden Provinzen Darién und Colón aus. Dieses Muster wird durch das Faktum bekräftigt, dass der Wahlsieger lediglich in den fünf *comarcas* (semi-autonome Verwaltungseinheiten indigener Bevölkerungsgruppen), deren Bewohner zu über 80 Prozent in (zum

Teil extremer) Armut leben, weniger Stimmen erhielt als Balbina Herrera. Ansonsten blieb die PRD-Kandidatin in allen Landesteilen deutlich hinter den vor fünf Jahren registrierten Ergebnissen zurück. Bemerkenswert ist, dass die Gesamtstimmenzahl von Herrera die Menge der registrierten Parteimitglieder des PRD um ca. 70000 unterschritt.

Die PRD-Kandidatin blieb in allen Landesteilen deutlich hinter den vor fünf Jahren registrierten Ergebnissen zurück.

In der bevölkerungsreichsten Provinz Panama, wo Martín Torrijos 2004 342210 Stimmen gewonnen hatte, erlangte Herrera deren 264887. Für Martinelli stimmten hier 451827 Wähler. In der nach Panama demographisch zweitwichtigsten Provinz Chiriquí erzielte Martinelli fast doppelt so viele Stimmen (135442) wie Herrera (70400); dort hatte Martín Torrijos 2004 noch 86250 Stimmen erhalten. Und in der Provinz Coclé, wo der PRD-Kandidat vor fünf Jahren noch 52163 Wähler für sich gewinnen konnte, kam Herrera diesmal nur auf 37947 – das waren weniger als die Hälfte der für Martinelli abgegebenen Stimmen.

Die präsentierten Zahlen (beispiele) dokumentieren indes nicht nur den enormen Stimmenverlust des PRD und den großen Abstand zwischen den Resultaten des Wahlsiegers und seiner gescheiterten Rivalin, sondern vermögen auch zu belegen, dass der Sieg Martinellis nicht zum überwiegenden Teil auf Kosten des PRD zustande kam. Es waren vor allem jene Wähler, die 2004 für Guillermo Endara votierten, die jetzt mit ihrer Unterstützung für den CD-Bewerber wesentlich zu dessen Rekordergebnis beitrugen. Für Endara hatten 2004 viele PP-Sympathisanten gestimmt, die mit dem Kurs der Partei nicht zufrieden waren oder dem Spitzenkandidaten Alemán nach der glücklosen Ára Moscoso den Sieg nicht zutrauten. Als zentraler Erklärungsfaktor, warum Endara diesmal ein im Vergleich zu 2004 so miserables Ergebnis verzeichnete, bietet sich folgende Überlegung an: Trotz seiner beachtlichen Stimmenausbeute war der frühere Staatschef als *gescheiterter* Oppositionspolitiker, der über keine eigene organisatorische Basis verfügte – die Partei Solidaridad bildete 2004 lediglich ein Ad-hoc-Mittel zum Zweck und brach zudem zwei Jahre später völlig auseinander –, während der vergangenen Legislaturperiode nicht in der Lage, den öffentlichen Diskurs über die aktuelle politische Entwicklung des Landes nennenswert zu beeinflussen. Dazu gesellte sich für seine ehemaligen Wähler offenbar die Attraktivität des Kandidaten Martinelli. Die relativ niedrigen Umfragewerte für Varela lassen kaum vermuten, dass ein großer Teil der ehemaligen Endara-Wähler für den PP-Spitzenmann gestimmt hätte, wenn die Allianz zwischen CD und den Panameñistas nicht zustande gekommen wäre. Auch wenn das Stimmverhalten der Bürger, die 2004 für Endara votiert hatten, kaum verlässlich einzuschätzen war, spricht vor dem Hintergrund der guten Umfragewerte für Martinelli doch einiges dafür, dass dieser den Schulterchluss mit dem Rivalen PP nicht primär zwecks Maximierung seiner Chancen auf die Präsidentschaft, sondern hauptsächlich im Hinblick auf die künftigen Kräfteverhältnisse im Parlament vollzogen hat.

Die relativ niedrigen Umfragewerte für Varela lassen kaum vermuten, dass ein großer Teil der ehemaligen Endara-Wähler für den PP-Spitzenmann gestimmt hätte, wenn die Allianz zwischen CD und den Panameñistas nicht zustande gekommen wäre.

Wegen der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen – es treten wesentlich mehr Parteien als Präsidentschaftskandidaten zur Wahl an – differiert auch das Verteilungsmuster der beiden Ergebnisse mehr oder weniger stark. Dazu kommen die Unwägbarkeiten der Berechnungsmethode für die Zuteilung der Parlamentssitze, die bisher nur insofern verlässlich war,

als dass sie die größeren Parteien regelmäßig begünstigt. Neben 26 Einerwahlkreisen, wo die relative Mehrheit genügt, gibt es dreizehn so genannte *circuitos plurinominales*, in denen je nach Bevölkerungsstärke zwischen zwei und sechs Parlamentssitze auf der Basis von Parteilisten vergeben werden. 2004 errang der PRD mit 37,8 Prozent der Stimmen 41 der 78 Mandate (52,6 Prozent); 1999 hatte die Partei mit 32 Prozent der Stimmen 47,9 Prozent der Sitze (34 von 71) gewonnen. Bei der jüngsten Wahl war es indes ausgerechnet die Partei des großen Wahlsiegers, die von dem praktizierten Zuteilungsverfahren am stärksten benachteiligt wurde: mit einem Anteil von 23,4 Prozent der Legislativstimmen erhielt der CD nur dreizehn der 71 Sitze (18,3 Prozent), während der PP mit einem etwas geringeren Stimmenanteil (22,2 Prozent) auf 22 Mandate kam (31 Prozent). Der PRD erzielte mit 35,7 Prozent der Stimmen einen etwa gleich hohen Anteil (36,6 Prozent) bei den Mandaten (26). Seine beiden Bündnispartner vermochten dieses Ergebnis kaum aufzuwerten: Während der Partido Popular wie schon 2004 einen einzigen Sitz gewann, ging der Partido Liberal völlig leer aus. Hingegen kann sich die Alianza Por El Cambio auf eine deutliche Mehrheit von 41 Abgeordneten stützen. Während Martinelli für seinen Sieg in den Präsidentschaftswahlen der Stimmen des PP wohl nicht bedurft hätte, war deren Beitrag zur Bildung einer Parlamentsmehrheit unverzichtbar.¹³

Parteienbündnisse und Parteien	Gesamtzahl der gültigen Stimmen		Sitzverteilung	
	Stimmenzahl	%	Anzahl der Sitze	%
	1 504 355	100,0	71	100,0
Un País Pora Todos	611 135	40,6	27	38,0
PRD	537 426	35,7	26	36,6
Partido Popular	55 598	3,7	1	1,4
Partido Liberal	18 111	1,2	0	0,0
Alianza Por el Cambio	842 667	56,0	41	57,7
Cambio Democrático	352 319	23,4	13	18,3
Unión Patriótica	85 609	5,7	4	5,6
MOLIRENA	70 457	4,7	2	2,8
Partido Panameñista	334 282	22,2	22	31,0
Vanguardia Moral de la Patria	14 760	1,0	1	1,4
Unabhängige Kandidaten	35 793	2,4	2	2,8

Quelle: Tribunal Electoral de Panamá (vorläufige Ergebnisse) Bei acht Sitzen wurde wegen angeblicher Fehler beider Anwendung des Zuteilungsverfahrens juristischer Widerspruch eingelegt.

Zwei Ergebnisse der Wahl zur Asamblea verdienen noch der Erwähnung: Zum einen fiel der Anteil der Deputierten, die sich erfolgreich einer Wiederwahl stellten, deutlich geringer aus als bei früheren Wahlen, zum anderen werden Frauen im neuen Parlament wesentlich schwächer vertreten sein als in der letzten Legislaturperiode.¹⁴

Anders als beim Präsidentschaftsrennen sah es beim Wettbewerb um das Amt des Bürgermeister der Hauptstadt bis zwei Monate vor der Wahl so aus, als ob dem PRD-Kandidaten „Bobby“ Velásquez der Sieg nicht zu nehmen sei: Anfang März sahen ihn Umfragen mit 56 Prozent vorn, während der Panameñista-Kandidat Bosco Vallarino auf 36 und der unabhängige Bewerber Bernal auf 16 Prozent kamen. Als kurz darauf ein in Bogotá u.a. wegen Geldwäschdelikten inhaftierter dubioser kolumbianischer Geschäftsmann gegenüber der Presse behauptete, den Wahlkampf von Herrera und Velásquez mit jeweils drei Millionen US-Dollar unterstützt zu haben, erlitt die Kampagne des PRD-Bewerbers einen schlagartigen Einbruch, von dem sie sich nicht mehr erholen sollte. Schließlich gewann der PP-Kandidat Vallarino mit 45,6 Prozent der Stimmen, obwohl auch dieser noch kurz vor der Wahl für einen handfesten Skandal sorgte, als bekannt wurde, dass er in den achtziger Jahren die US-Staatsbürgerschaft angenommen hat, was ihm laut Verfassung gar nicht erlaubte, für ein politisches Amt in Panama zu kandidieren. Weil sich die Wahlbehörde zwei Wochen vor der Abstimmung als „nicht zuständig“ erklärte, um über die Staatsbürgerschaft Vallarinos zu befinden, konnte er im Rennen verbleiben.¹⁵ Bei einer Wahlbeteiligung von nur

Anfang März sahen Umfragen den PRD-Kandidaten Velásquez mit 56 Prozent vorn, während der Panameñista-Kandidat Bosco Vallarino auf 36 und der unabhängige Bewerber Bernal auf 16 Prozent kamen.

- 13 | Es wäre allerdings kein Novum in der panamaischen Politik, wenn sich eine bis dahin nicht dem Bündnis des Wahlsiegers angehörende Partei erst nach dem Urnengang dem Regierungslager anschließt, um als Gegenleistung zur Herbeiführung einer Parlamentsmehrheit wichtige und lukrative Posten in der neuen Administration zu ergattern – so geschehen nach der Wahl von 1999. Die *bargaining power* der kooperationsbereiten Partei ist in einer derartigen Konstellation ungleich größer als bei einer Allianzbildung vor der Wahl.
- 14 | Hatten der Asamblea nach der Wahl 2004 dreizehn Frauen angehört, sind es jetzt nur noch sechs; insgesamt hatten sich 53 Frauen um ein Parlamentsmandat beworben.
- 15 | Hinter dieser Entscheidung wurde die Einflussnahme der Regierung vermutet, die ein Interesse daran hatte, dass zwei Gegenkandidaten im Wettbewerb verblieben, um dadurch die Chancen von PRD-Mann Velásquez (auf eine relative Mehrheit) zu erhöhen.

66,2 Prozent – ein klares Indiz für die Enttäuschung vieler Bürger – erhielt der langzeitige Favorit Velásquez knapp 40 Prozent der Stimmen. Mit seiner Niederlage wurde er zum Opfer der negativen Implikationen einer Praxis, welche die Kandidaten für ein demokratisches Amt nicht zur Offenlegung ihrer Wahlkampffinanzierung verpflichtet¹⁶ – wurden die Aussagen des inkriminierten Kolumbianers Murcia doch durch keinerlei Beweise gestützt. Für die meisten Bürger war dies ohne Belang, weil sie aufgrund der Gewöhnung an Korruptionsfälle längst eine Neigung zum *worst case*-Denken ausgebildet haben.

GRÜNDE FÜR DIE ABSTRAFUNG DES PRD DURCH DIE WÄHLER

Zweifellos haben die Behauptungen Murcias auch der Wahlkampagne von Albina Herrera geschadet. Das Ansehen Herreras wurde zudem durch Meldungen darüber lädiert, dass sie im Dezember 2008 aus der Staatskasse über eine halbe Million US-Dollar als Entschädigung für die Annullierung einer Geschäftskonzession ihres früheren Ehemanns erhalten hatte, über dessen Firma nachgewiesenermaßen illegale Transaktionen gelaufen waren. Auch der durch die Rivalität zwischen Herrera und Navarro sichtbar gewordene Dissens in der Parteispitze wirkte sich alles andere als förderlich auf die Wahlchancen des PRD aus. Diesen Faktoren kommt allerdings in dem Ursachenbündel, das für das schlechte Abschneiden der PRD-Kandidatin verantwortlich ist, allesamt nur eine nachrangige Relevanz zu. Schwerer wog da schon die politische Biographie Herreras, die sie für einen Großteil der Wähler – vor allem außerhalb, aber zu einem geringen Teil wohl

Herreras politische Karriere begann noch zu Zeiten Noriegas als Bürgermeisterin des Hauptstadtdistrikts San Miguelito.

auch innerhalb des PRD – inakzeptabel erscheinen ließ: Herreras politische Karriere begann noch zu Zeiten Noriegas als Bürgermeisterin des Hauptstadtdistrikts San Miguelito. Vor allem aber hatte sie sich in der Endphase der Noriega-Ära in den berüchtigten Schlägertrupps des Regimes engagiert, deren Funktion sie überdies im Wahlkampf zu verharmlosen suchte.¹⁷ Andererseits beruhte ihre Popularität bei vielen Anhängern der eigenen Partei darauf, dass sie aus einfachen Verhältnissen stammte (und sich als

16 | Die Kandidaten sind lediglich verpflichtet, die von privater Seite erhaltenen Wahlkampfspenden dem Tribunal Electoral zu melden. Es ist indes verboten, Wahlkampfuwendungen von Ausländern anzunehmen.

Vertreterin der Interessen der Unterschicht in Szene zu setzen wusste).

Obwohl Herrera durch eine Reihe von (persönlichen und wahltaktischen) Fehlern und Versäumnissen zweifellos selbst zu ihrem unbefriedigenden Wahlergebnis beitrug, müssen die wesentlichen Gründe für die dem PRD verweigerte Erneuerung seines Mandats in der Bilanz der Regierung Torrijos verortet werden. Gemessen an dem Slogan, unter dem die Partei 2004 den Wahlkampf bestritten hatte – Más Trabajo, Más Seguridad, Cero Corrupción (Mehr Arbeit, mehr [öffentliche] Sicherheit, null Korruption) – stellt sich ihr Leistungsausweis höchst heterogen, in der Gesamtbetrachtung – aus Sicht der Mehrheit der Wähler – aber eindeutig negativ dar.

Die makroökonomischen Indikatoren der Jahre 2004 bis 2008 belegen eine überaus positive Entwicklung, auch wenn die Regierung nur in geringem Maße Schöpfer und primär Nutznießer eines imposanten Wirtschaftsaufschwungs war, der überwiegend von externen Impulsen gespeist wurde. Wachstumsraten des BIP, die z.T. regionale Rekordwerte erreichten (2007: 11,5 Prozent), führten seit 2003 zu einem Rückgang der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit. In den Jahren 2004 bis 2008 entstanden nach offiziellen Angaben knapp 210 000 neue Arbeitsplätze. Als einer der dynamischsten Branchen erwies sich das Baugewerbe, in dem die Zahl der Beschäftigten seit 2003 rasant anstieg.¹⁸ Laut Daten der CEPAL ging der Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung zwischen 2001 und 2007 von 36,7 Prozent auf 28,6 Prozent zurück. Sofern diese Angaben tatsächlich die reale Entwicklung widerspiegeln, ändern sie nichts daran, dass die Unzufriedenheit in der Unterschicht mit den eigenen Lebensbedingungen unverändert hoch ist. Regelmäßig durchgeführte Umfragen zeigen, dass der Faktor „Arbeitslosigkeit“

17 | Zur Erinnerung an die dunkle Vergangenheit des PRD hatten bereits mehrere Entscheidungen und Maßnahmen von Präsident Torrijos beigetragen. So gehörten dem Kabinett neben Balbina Herrera zeitweise zwei andere Persönlichkeiten an, die sich während der Noriega-Jahre als Exponenten des autoritären Regimes profiliert hatten. Auch die Ernennung eines ehemaligen Angehörigen des nach der US-Invasion 1990 aufgelösten Militärs zum Polizeichef brachte Torrijos heftige Schelte der Opposition ein, die zudem eine Mitte 2008 durchgeführte Reorganisation des staatlichen Sicherheitsapparats als Remilitarisierung brandmarkte.

18 | Es liegen Hinweise dafür vor, dass der Bauboom zum Teil durch Geld aus illegalen Aktivitäten (vor allem Drogenhandel) finanziert wurde.

Die Klage über steigende Lebenshaltungskosten hat stark an Gewicht gewonnen.

im Ranking der von der Bevölkerung als besonders dringlich wahrgenommenen Probleme des Landes in den letzten Jahren zwar nach unten gerückt ist, dafür die Klage über steigende Lebenshaltungskosten stark an Gewicht gewonnen hat. Parallel zum hohen Wirtschaftswachstum hat sich seit 2006 das Inflationstempo enorm beschleunigt; allein 2007 stieg der Index der Konsumentenpreise um 6,5 Prozent.¹⁹ Der Wirtschaftsboom der letzten Jahre kam jenseits der steigenden Pro-Kopf-Werte nur in markant unterproportionaler Weise der Unterschicht zugute: Mehr als die Hälfte der neuen Arbeitsplätze entfällt auf den informellen Sektor, und der Anteil der Beschäftigten, die weniger als den doppelten Mindestlohn beziehen, hat sich im Zeitraum 2004 bis 2007 nur unwesentlich von 69,6 auf 66,2 Prozent vermindert. Im August 2008 sah sich die Regierung mit landesweiten Protesten gegen die Teuerung konfrontiert, denen im folgenden Monat ein Generalstreik folgte. Sie reagierte darauf u.a. mit der Erhöhung der Subventionen für Energieprodukte (vor allem Benzin) sowie der Anhebung der Besoldung der unteren Chargen im öffentlichen Dienst. Ihr Image konnte die Regierung durch solche Maßnahmen kaum aufhellen, zumal sich seit dem zweiten Halbjahr 2008 der Trend auf dem Arbeitsmarkt umgekehrt hat.²⁰

Auch hinsichtlich des Dauerthemas Korruption konnte die Regierung der Bevölkerung nicht den Eindruck vermitteln, dass während der Amtszeit von Martín Torrijos auf diesem Gebiet eine spürbare Veränderung zum Besseren eingetreten ist. Nun kann der 2005 geschaffenen Behörde zur Korruptionsbekämpfung (Consejo Nacional de Transparencia contra la Corrupción), die das Handeln staatlicher Institutionen überwachen soll, nicht gleich jegliche Zweckmäßigkeit abgesprochen werden, auch wenn bei deren Kreation eine gehörige Portion symbolische Politik mit im Spiel war.²¹ Tatsache ist jedoch, dass auch die unter dem Motto *cero corrupción* angetretene Regierung Torrijos eine Serie von Bestechungsfällen produ-

19 | Die panamaische Bevölkerung reagiert wohl deshalb äußerst empfindlich auf solche Trends, weil sie aufgrund der Verwendung des US-Dollars als „nationale“ Währung seit Jahrzehnten an sehr niedrige Teuerungsraten gewöhnt ist.

20 | Sogar der IWF kam zu dem Schluss, dass die Regierung Torrijos die durch die gute Wirtschaftslage geschaffenen Spielräume nicht ausreichend zur Lancierung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut genutzt hat. (Siehe IMF Executive Board Concludes 2008 Article IV Consultation with Panama; August 28,2008)

zierte und selbst der Staatschef sich zweimal mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert sah, die er nicht überzeugend auszuräumen vermochte.

Wenn es einen gesellschaftlichen Problembereich gibt, in dem der scheidenden PRD-Regierung völliges Versagen attestiert werden konnte, dann jener der öffentlichen Sicherheit und der zunehmenden Kriminalität. Mit dem Versprechen angetreten, die Sicherheitslage zu verbessern, erwies die Regierung sich als unfähig, der rasch steigenden Gewaltkriminalität und dem Zuwachs an Kapitalverbrechen entgegenzuwirken. Weder die zweimalige Verschärfung des Strafrechts noch die Erhöhung der Personalstärke der Polizei konnten eine Trendwende bewirken. So stieg die Zahl der registrierten Mordfälle von 444 im Jahre 2007 auf 593 in 2008. In der gleichen Zeit erhöhte sich die Menge der bewaffneten Überfälle von 3616 auf 4594. Besonders bedenklich ist, dass sich in der Eskalation der Delikttraten eine massive Stärkung des organisierten Verbrechens manifestiert. Meinungsumfragen belegen, dass die Bevölkerung der rasch erodierenden öffentlichen Sicherheit in der Rangliste der wichtigsten Probleme des Landes spätestens seit Ende 2007 den obersten Platz zuweist.

Zu den wahlentscheidenden Themen zählte außerdem die Verärgerung der Bewohner der Hauptstadt über den alltäglichen Verkehrskollaps, dem die Regierung Torrijos nichts entgegenzusetzen wusste. Dies war eines der vielen ungelösten Probleme, bei dem Martinelli mit seinen Vorschlägen – im konkreten Fall durch den Plan zur Errichtung eines U-Bahn-Netzes – gegenüber seiner Rivalin entscheidend punkten konnte.

ZUR ERKLÄRUNG DES FULMINANTEN WAHLSIEGS VON RICARDO MARTINELLI

Die zahlreichen gravierenden Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Fehler und Versäumnisse der Regierung Torrijos gaben Ricardo Martinelli die Stichworte und Themen vor, mit denen er seine erfolgreiche Wahlkampagne bestritt. Außerdem verfügte der CD-Kandidat über den großen Vorteil

21 | „Its most recent report (December 2008) indicated that nine out of thirty-three analysed public institutions complied with principles of good governance. The ranking is led by the Panama Canal Authority.“ (Country Report *Panama*, Bertelsmann Transformation Index 2010 [i.E.])

des unbelasteten Herausforderers, der mehr Vertrauen zu wecken vermochte als seine Rivalin, die als Mitglied einer Regierung und Partei, welche die Geschicke des Land in den letzten fünf Jahren gelenkt hatten, mit verantwortlich gemacht werden konnte für das Ausmaß vieler Missstände und Probleme. Die Relevanz der im Vergleich zu seiner wichtigsten Konkurrentin besseren Ausgangsposition ergibt sich auch aus dem Umstand, dass sich die Regierungsprogramme von PRD und CD sowie die Wahlversprechen ihrer beiden Spitzenkandidaten im Grunde nicht gravierend voneinander unterschieden.²² Ganz gleich, was Martinelli sagte oder ankündigte, er wirkte glaubwürdiger als Herrera. So wichtig die genannten Aspekte auch sein mögen, sie reichen doch bei weitem nicht aus, um den beeindruckenden Erfolg des CD-Aspiranten plausibel zu erklären. Der letztlich ausschlaggebende Faktor muss wohl in der Art und Weise gesehen werden, wie er seinen Wahlkampf organisierte und gestaltete.

Es deutet einiges darauf hin, dass Martinelli seinen zweiten Anlauf auf das Präsidentenamt mehr oder weniger generalstabsmäßig geplant hat. Dafür stand ihm in der

Jimmy Papadimitriu ist ein professioneller Wahlkampfstrategie, der sein Handwerk im Wahlkampfteam der Republikanischen Partei in den USA gelernt hatte.

Person von Jimmy Papadimitriu ein professioneller Wahlkampfstrategie zur Seite, der sein Handwerk im Wahlkampfteam der Republikanischen Partei in den USA gelernt hatte. Der erste geschickte Schachzug bestand darin, dass

er seine Wahlkampagne sehr früh begann – lange bevor die anderen Parteien ihre Primärwahlen durchgeführt und mithin ihre Präsidentschaftsbewerber ermittelt hatten. Während die internen Bewerber von PP und PRD monatelang vor allem mit sich selbst beschäftigt waren, agierte der unumstrittene CD-Spitzenmann Martinelli schon auf der nationalen Bühne. Er initiierte eine Vielfalt von Aktivitäten – gewissermaßen als „Wahlkampf“ vor dem offiziellen Wahlkampf – die ihm die Aufmerksamkeit der Medien eintrug. Als Eigentümer eines großen Firmenimperiums – u.a. der größten Supermarkt-Kette des Landes – verfügte Martinelli über ausreichende monetäre Mittel, um seine politische Kampagne zu finanzieren. Sein öffentliches Image profitierte von der Tatsache, dass er inner- und außerhalb seiner Unternehmen zahlreiche soziale Projekte und Einrichtungen unterstützte. Es ist freilich unver-

22 | So gab es zum Beispiel keinen Dissens über die Wünschbarkeit des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten, das im US-Kongress noch seiner Ratifizierung harrt.

kennbar, dass Martinelli zwecks Beförderung seiner politischen Ambitionen nach dem Motto „Tue Gutes und sprich darüber“ verfuhr, wobei allerdings keinerlei Hinweise dafür vorliegen, dass dieses soziale Engagement rein wahltaktischen Motiven entsprang. Solche Anschuldigungen gab es auch nicht von Seiten des politischen Gegners.

Die von zahlreichen Beobachtern der politischen Szene gehegte Vermutung, dass Martinellis Popularitätswerte absacken würden, sobald die Spitzenkandidaten der beiden Traditionsparteien ermittelt waren, sollte sich nicht bewahrheiten. Der Zuwachs an Wählerpräferenzen, den Herrera und Varela nach ihrer Nominierung verzeichneten, bewegte sich im Rahmen der zuvor für ihre parteiinternen Rivalen gemessenen Sympathiewerte, während die Zustimmungsraten für den CD-Bewerber nicht zurückgingen und kurz darauf zu steigen begannen. In gewissem Maße dürfte das von Martinelli bis dahin angehäuften Vertrauenskapital von den Differenzen und Rissen profitiert haben, die sich im Zusammenhang mit den *primaries* innerhalb des PP und (insbesondere) des PRD offenbarten. Die regelmäßig erhobenen Umfragewerte dienten Martinelli als einigermaßen verlässliches Instrument zur Beurteilung der Zweckmäßigkeit der eingeschlagenen Wahlkampfstrategie.

Diese bestand im Wesentlichen aus zwei Komponenten: Zum einen war Martinelli bestrebt, sich als einzig realistische Alternative zu den beiden Traditionsparteien zu profilieren, denen er mit wohlfeilen Argumenten vorwerfen konnte, während der jeweils zehn Jahre umfassenden Regierungszeit ihre Unfähigkeit zur Lösung der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme eindeutig demonstriert und mithin das Vertrauen der Bevölkerung wiederholt enttäuscht zu haben. Er charakterisierte die Führungsfiguren von PRD und PP als inkompetente und verantwortungslose Politiker, die nur am eigenen Wohl und nicht am Wohlergehen des Volkes interessiert seien.²³ „Entran limpios y salen milionarios“ (sinngemäß: Sie übernehmen die Regierung als Unbescholtene und verlassen sie als Millionäre) war eine der typischen Parolen, mit der er die zahlreichen Korruptions-

**„Entran limpios y salen milionarios“
(sinngemäß: Sie übernehmen die Regierung als Unbescholtene und verlassen sie als Millionäre).**

23 | Die Tatsache, dass er in Regierungen unter Führung beider Parteien zeitweilig hohe öffentliche Ämter bekleidet hatte – so in der Regierung Moscoso als Minister für Kanalangelegenheiten –, scheint seiner Kampagne nicht geschadet zu haben.

skandale zu Zeiten der vom PRD bzw. PP dominierten Regierungen in Erinnerung rief. Unter dem Schlagwort „Cambio“ (Wandel) offerierte er sich als derjenige unter den drei Präsidentschaftsaspiranten, der als einziger willens und imstande sei, eine Wende zum Besseren in der nationalen Politik herbei zu führen.

Die zweite Komponente der Wahlkampfstrategie war darauf ausgerichtet, den Kandidaten als einen Mann darzustellen, der die Sorgen und Nöte der einfachen Leute kannte und ernst nahm. Hierbei ging es um die (symbolische) Überbrückung der riesigen Distanz, welche die Lebenswelt des erfolgreichen Unternehmers und Multimillionärs de facto vom Alltag der Wähler aus der Unterschicht trennte, deren Stimmenpotenzial die kritische Masse einschloß, die über Sieg oder Niederlage entschied. Bei öffentlichen Wahlkampfauftritten sprach Martinelli selten über „große Politik“, sondern thematisierte zumeist Probleme mit unmittelbarem Bezug zur Lebenswirklichkeit der Masse seiner Zuhörer. Dass es ihm um die Sache ging, versucht er u.a. durch das Versprechen zu belegen, im Falle des Wahlerfolgs sein Salär als Präsident auf den symbolischen Betrag von einem Dollar zu reduzieren. Er verbreitete populistische Parolen, ohne selbst den Habitus des klassischen lateinamerikanischen Populisten anzunehmen. Um seine Volksnähe zu demonstrieren, begab sich Martinelli buchstäblich unter das Volk und schlüpfte dabei in die verschiedensten Rollen: TV-Spots zeigten ihn in Maurerpose beim Bau des Hauses einer Familie aus der Unterschicht, er reparierte Dächer von Häusern in Armenvierteln, man sah ihn frühmorgens bei der Arbeit mit einem Trupp von Straßenreinigern, er half beim Brotbacken in einer Bäckerei, schnitt Zuckerrohr, putzte Schuhe, agierte als Taxifahrer und anderes mehr. Dies alles diente der *publicity*-trächtigen Umsetzung – oder treffender: *Inszenierung* – seines Wahlkampfslogans „Caminando En Los Zapatos Del Pueblo“ (In den Schuhen des Volkes gehen). Von der politischen Konkurrenz erntete er für derlei Aktivitäten nur Hohn und Spott, was nichts daran änderte, dass diese Art Wahlkampf bei einem großen Teil der Wähler aus der Unterschicht auf positive Resonanz stieß. Auf diese (populistische) Weise erst einmal als Kandidat akzeptiert, erhöhte sich die Attraktivität

Der Versuch des PRD, Martinelli als („künstliches“) Produkt der Medien zu diskreditieren, konnte dessen Siegeszug nicht tangieren.

dieser Wahloption durch die vermittels der erfolgreichen Unternehmertätigkeit bewiesenen Kompetenzen in wirtschaftlichen Fragen. Der Versuch des PRD, Martinelli als („künstliches“)

Produkt der Medien zu diskreditieren, konnte dessen Siegeszug nicht tangieren. Unabhängig davon, dass diese Charakterisierung selbst einem wahltaktischen Motiv entsprang, trifft sie durchaus den Kern des Phänomens Martinelli, dessen rasant verlaufende Karriere vom klar gescheiterten Außenseiter des Urnengangs von 2004 zum großen Hoffnungsträger der panamaischen Politik fünf Jahre später ohne die konsequente Nutzung und Instrumentalisierung der Massenmedien kaum möglich gewesen wäre. Im Unterschied zu seinen Konkurrenten war Martinelli zur Finanzierung seiner Wahlkampagne auf die staatlichen Zuschüsse und die Zuwendungen von dritter Seite nicht angewiesen. Zweifellos hat er sich seinen großen Erfolg partiell erkaufte, ohne dass sich freilich dieser Anteil in irgendeiner Weise quantifizieren ließe. Wahlergebnisse enthalten neben irrationalen Elementen auch zahlreiche Geheimnisse, deren Entschlüsselung auch den ausgefeiltesten Analysemethoden nicht gelingt.

AUSBLICK AUF DIE REGIERUNG MARTINELLI

Kehrseite des historischen Stimmenrekords ist eine enorme Bürde in Form der hohen Erwartungen der Wähler. Auch wenn es dem neuen Präsidenten gelingen sollte, auf wichtigen Politikfeldern rasch erste Erfolge zu präsentieren, ist ein Popularitätsverlust quasi vorprogrammiert, weil der Kandidat Martinelli im Wahlkampf allzu viel versprochen hat. Zudem dürfte die deutliche Abschwächung des Wirtschaftswachstums, die im Jahr 2010 in eine Stagnationsphase übergehen könnte, nicht nur die Realisierung von Wahlversprechen erschweren, sondern auch neue (soziale) Probleme schaffen. Die Übergabe der Regierungsgewalt erfolgt allerdings im Kontext befriedigender Rahmenbedingungen: Noch wächst die Wirtschaft und die Staatsfinanzen befinden sich nach drei Jahren mit Haushaltsüberschüssen in relativ guter Verfassung.

Weil das Megaprojekt zum Ausbau des Panama-Kanals²⁴ bald in eine Phase eintritt, welche die Rekrutierung vieler Tausend Arbeitskräfte erforderlich macht, dürfte die durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage zu erwartende Zunahme der Erwerbslosigkeit spürbar gedämpft werden. Andererseits

24 | Im Zentrum der Baumaßnahmen steht die Konstruktion zweier Schleusensysteme, welche den Transit der neuen Generation von Containerschiffen ermöglichen. Derzeit werden bereits 30 Prozent aller Seecontainer auf Schiffen transportiert, für welche die bestehenden Schleusen des Kanals zu klein sind.

Durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise geraten die Prämissen unter Druck, welche die Kanalmodernisierung noch bis vor nicht allzu langer Zeit als überaus gewinnträchtige Investition erscheinen ließen.

geraten durch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise die Prämissen unter Druck, welche die Kanalmodernisierung noch bis vor nicht allzu langer Zeit als überaus gewinnträchtige Investition erscheinen ließen. Nach Jahren stetigen Wachstums ist das Frachtaufkommen im

Fiskaljahr 2008 zum ersten Mal gesunken, ein Trend, der sich auch in 2009 weiter fortsetzt. Im Kontext zweistelliger Wachstumsraten der Containerschifffahrt hatte die Kanalbehörde die Transitgebühren kräftig erhöht, um das auf 5,3 Milliarden Dollar veranschlagte Investitionsvorhaben zu einem großen Teil aus Eigenmitteln finanzieren zu können.²⁵ Weil seit Anfang 2008 die Frachtraten dramatisch gesunken sind, benutzen einige Schifffahrtslinien aus Kostengründen bereits andere Routen. Im Mai hat die Kanalbehörde eine befristete Senkung der Transitgebühren verfügt, um der sich abzeichnenden Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wasserstraße entgegenzuwirken. Ein spürbarer Rückgang des Frachtaufkommens würde nicht nur das Finanzierungsmodell für die Kanalmodernisierung in Frage stellen, sondern auch den Staatshaushalt beeinträchtigen, der seit der Übergabe der Kanalverwaltung in panamaische Hände (2000) stetig wachsende Finanztransfers aus den Transiteinnahmen verzeichnet.

Außenpolitisch dürfte es unter Martinelli Veränderungen in den Beziehungen zu Kuba sowie zu China geben. Die freundschaftlichen Beziehungen, die Torrijos zu Kuba unterhalten hat, wird der neue Präsident kaum fortsetzen. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass er diplomatische Beziehungen zu Beijing aufnehmen und damit die seit mehr als 50 Jahren bestehenden Verbindungen zu Taiwan kappen wird. Außerdem hat Martinelli angekündigt, die Beteiligung Panamas am zentral-amerikanischen Parlament – das er als unnütze Einrichtung beurteilt – zu annullieren. Große Bedeutung misst der neue Staatschef dem Verhältnis zu den USA zu; dabei genießt die Verwirklichung des bilateralen Freihandelsabkommens höchste Priorität.

Innenpolitisch kann sich Martinelli auf eine breite Parlamentsmehrheit stützen, die ihm auch unter erschwerten sozioökonomischen Bedingungen die Bewahrung der *gobernabilidadad* – der Regierbarkeit – ermöglicht. Es ist allerdings

25 | Im Oktober 2008 zeichnete die Kanalbehörde ACP Kredite in Höhe von insgesamt 2,3 Milliarden US-Dollar zur (Teil-)Finanzierung der Kosten des Ausbauprojekts.

überaus fraglich, ob die Allianz mit der PP die gesamte Legislaturperiode überdauern wird. Im Präsidentschaftsrennen ohne Fortüne, avancierten die Panameñistas in der Legislative zum unverzichtbaren Mehrheitsbeschaffer der Regierung Martinelli. Die Risiken, die diese Abhängigkeit birgt, sind kaum zu überschätzen. So könnte der PP im Falle einer (durch gravierende ökonomische Probleme ausgelöst) politischen Krise das Regierungsbündnis aufkündigen, um – zwecks Schadensbegrenzung bzw. Verbesserung seiner Chancen beim nächsten Urnengang – in der Öffentlichkeit (wieder) als eigenständige politische Kraft wahrgenommen zu werden. Aber auch oder präziser: gerade im Falle einer einigermaßen erfolgreichen *performance* der Regierung Martinelli würden die Panameñistas wenn und solange sie am Bündnis mit dem CD festhalten, ihre Chancen auf einen möglichen Wahlsieg in den nächsten Wahlen gefährden. Trotz seiner guten makroökonomischen Bilanz wurde der PRD am 3. Mai auf die Oppositionsbänke verbannt. Warum sollte der PP bei nächster Gelegenheit nicht von einer ähnlichen Situation profitieren? Das kann ihm aber nur dann gelingen, wenn er sich zuvor als oppositionelle Kraft zu profilieren vermag.

Im Präsidentschaftsrennen ohne Fortüne, avancierten die Panameñistas in der Legislative zum unverzichtbaren Mehrheitsbeschaffer der Regierung Martinelli.

LITERATUR

Briger, Lilly/Maya Wilson: *Panama's Upcoming Election Mired in Scandal and Corruption*. Washington: Council of Hemispheric Affairs, March 2009

Brown Araúz, Harry: „Las elecciones desviadas de Panamá en 2004“. In: *Nueva Sociedad* (Caracas) 195 (enero-febrero 2005), S. 4–17

CEPAL (Hrsg.): *Panamá. Pobreza y distribución del ingreso en el periodo 2001–2007*. Santiago de Chile 2008

Cox, Deanna: *Bosco Vallarino: U.S. Citizen Runs for Mayor of Panama City, Thereby Spotlighting the Country's Flawed Electoral Process*. Washington: Council on Hemispheric Affairs, April 2009

Guevara Mann, Carlos: Panamá 2007: „Crecimiento económico, combustión social y calepsia institucional“. In: *Revista de Ciencia Política* 28 (2008) 1, S. 305–328

Harding, Robert C.: *The History of Panama*. Westport 2006

Hoffmann, Karl-Dieter: „Der Panama-Kanal soll wettbewerbsfähiger werden: Das Megaprojekt einer dritten Schleusenstraße“. In: *KAS-Auslandsinformationen* 12/2005, S. 31–64

Hoffmann, Karl-Dieter: „Das politische System Panamas“. In: Stüwe, Klaus/Rinke, Stefan (Hrsg.): *Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika*. Wiesbaden 2008, S. 442–465

Hoffmann, Karl-Dieter: „Die jüngere politische Entwicklung in Panama“. Bundeszentrale für politische Bildung: online Dossier Lateinamerika. Berlin 2008 (www.bpb.de)

Hoffmann, Karl-Dieter: *Panama (Country Report)*. Bertelsmann Transformation Index 2010. Gütersloh (i.E.)

Singer, Matthew M.: „Presidential and Parliamentary Elections in Panama“, May 2004. In: *Electoral Studies* 24 (2005), S. 531–537